

THEMENSERVICE

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – KW 43

Wadim Lisovenko

Endspurt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft



Angela Merkel
© European Union

Bis zum 31. Dezember 2020 führt Deutschland noch den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Es bleiben knapp zwei Monate, um zentrale Vorhaben umzusetzen oder anzustoßen. Doch bisher liegen die wichtigsten Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft – Wiederaufbaufonds, Mehrjähriger Finanzrahmen und Brexit – weiterhin auf den Verhandlungstischen Brüssels und Straßburgs. In dieser Ausgabe des Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ bietet die Abteilung Medienanalyse und -archiv einen Überblick zum aktuellen Stand der Verhandlungen.

Der „Verschiebegipfel“

Auf dem [EU-Gipfel](#) am 15. und 16. Oktober diskutierte der Europäische Rat unter anderem über COVID-19, die Beziehungen zum Vereinigten Königreich, den Klimawandel und die EU-Außenbeziehungen zu Afrika. Von diesen Gesprächspunkten sei die Corona-Pandemie „mit Abstand das wichtigste Thema bei diesem Treffen“ gewesen, schreiben **Tobias Kaiser** und **Christoph B. Schiltz** von der [Welt](#)¹. „Das Wettrennen gegen die Zeit, um einen geordneten Brexit doch noch zu erreichen, und die Kapriolen, Drohungen und Ultimaten des britischen Premierministers Boris Johnson schienen dabei nur lästiges Beiwerk zu sein, um das man sich irgendwie nebenbei noch schnell kümmern musste.“ Dabei drängt die Zeit, denn spätestens bis Ende Oktober sollte ein fertiges Handelsabkommen vorliegen, damit es noch ratifiziert werden kann. Auch bei anderen wichtigen Themen wie den gemeinsamen Klimazielen, dem EU-Haushalt oder den Verhandlungen über einen Rechtsstaatsmechanismus hätte der Gipfel kaum etwas erreicht. Einen „Verschiebegipfel“ nannte die Grüne Franziska Brantner die Tagung deswegen. „Wir brauchen jetzt eine Einigung für einen starken Haushalt, mit mehr Geld für die EU-Programme für Forschung, Digitales und Klima und klare Sanktionen für Demokratieverstörer“, sagte sie der Welt. Bei der anschließenden [Pressekonferenz](#) am Freitag-

nachmittag beobachteten Kaiser und Schiltz eine Kanzlerin, die sichtlich Mühe gehabt hätte, sich zu kontrollieren. „Es war gegen 14.25 Uhr am Freitagnachmittag, als die Wut aus ihr herausbrach.“ Merkel war darauf angesprochen worden, ob die Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds angesichts der zweiten Welle überhaupt noch reichen werden. „Die Kanzlerin hatte sichtlich Mühe, sich zu kontrollieren.“ Die Kanzlerin spüre genau, „welch große Verantwortung sie in dieser Krise trägt und, so scheint es, sie trägt schwer an dieser Bürde“.

Auch **Bernd Riegert** von der [Deutschen Welle](#)² berichtet von einem Gipfel, auf dem wichtige Beschlüsse verschoben wurden und die Corona-Krise alles weitere überlagerte. Besonders deutlich habe es Finnlands Premierministerin Sanna Marin ausgedrückt. Persönliche Gipfeltreffen seien angesichts der Pandemielage in Europa ein „überflüssiger Luxus“. Ein Blick in die [Schlussfolgerungen](#) des Gipfels unterstreiche diese Einschätzung. „Beschlüsse zum Klimaschutz, zum Verhältnis zur Türkei und zu einer neuen Afrika-Strategie sind auf den nächsten regulären Gipfel im Dezember verlagert. Zu den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich [...] gibt es keine neuen Erkenntnisse, außer dass trotz britischer Ultimaten weiter gesprochen werden soll.“ Auch bei der Neuausrichtung der Beziehungen zu China sind keine Fortschritte zu erwarten. Ein informeller

China-Gipfel³ am 16. November in Berlin wurde wegen der epidemiologischen Lage abgesagt. Für die zukünftigen EU-Afrika-Beziehungen sei zumindest im Dezember ein kleiner Gipfel mit den Spitzen der Afrikanischen Union geplant. „Da werden wir die Gelegenheit haben, unsere Partnerschaft, ja auch unsere Allianz mit Afrika zu erneuern. [...] Es gibt da ein großes Potenzial, wenn wir zusammen mit den afrikanischen Führern die richtigen Entscheidungen treffen“, zitiert die Deutsche Welle Ratspräsident Charles Michel.

Theo Sommer von Zeit Online⁴ kommentiert die aktuelle Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft: „Ursprünglich hatte sich Angela Merkel nichts weniger als einen Neustart Europas vorgenommen. [...] Von diesem allumfassenden Ansatz ist wenig übrig geblieben. Die Pandemie und ihre Folgen bestimmten von Anfang an die Agenda. [...] Die Aktualität genießt Vorrang vor der Behandlung von Zukunftsfragen, seien sie noch so wichtig und gewichtig.“ Bis auf den Wiederaufbaufonds habe die Bundeskanzlerin bisher nicht viel vorzuweisen, weder beim Brexit noch bei den Punkten Rechtsstaatlichkeit, Migration, EU-China-Beziehungen oder Russland. „Insgesamt ist das keine beeindruckende Bilanz. Sie wird sich auch bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft schwerlich noch entscheidend verbessern.“ Nötig sei eine grundlegende Reform der Union durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips oder sogar eine Neugründung.

Die Ein-Mann-Show des Michael Roth

„Die deutsche Ratspräsidentschaft ist vor allem die Ein-Mann-Show des Staatsministers Michael Roth“, schreibt **Peter Müller** im Spiegel⁵. Kein Politiker der Bundesregierung trete derzeit öfter in der EU-Hauptstadt auf als er. „Er ist die Stimme Deutschlands in Brüssel, der zumeist einzig sichtbare Repräsentant der EU-Ratspräsidentschaft, die noch bis Ende des Jahres in deutschen Händen liegt.“ Dies läge vor allem daran, dass Belgien von der Bundesregierung zum Corona-Risikogebiet erklärt wurde. „In normalen Zeiten wäre diese Aufgabe auf viele Schultern verteilt. Da würden Finanzminister Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) regelmäßig nach Brüssel reisen, [...]. Eine Ratspräsidentschaft ist normalerweise eine gute Gelegenheit, das Heimatland in der

EU-Hauptstadt in Szene zu setzen.“ Stattdessen verzichten Kabinettsmitglieder auf Reisen nach Brüssel. Zu Roths aktuellen Aufgaben zählen die Teilnahme an Verhandlungen, Gespräche mit Europaabgeordneten und die Unterzeichnung von Rechtsakten.



Michael Roth
© European Union

Bezüglich der Brexit-Verhandlungen mahnt **Michael Roth** im Gespräch mit dem Deutschlandfunk⁶ zur Eile: „Die Uhr tickt, die Zeit läuft aus, das ist das Endspiel, wir wollen einen Deal, aber nicht um jeden Preis. [...] wir reden jetzt nur noch über Tage und nicht mehr über Wochen und Monate.“ Roth kritisiert, dass es vor allem „in London nur geringe Bereitschaft gibt, auch auf die schon beschlossenen und verabredeten Positionen zwischen Großbritannien und der EU zuzugehen“. Konkret nennt er das völkerrechtswidrige britische Binnenmarkt-Gesetz. Den Vorwurf, die EU sei nicht kompromissbereit genug, bestreitet Roth. „Ich weiß gar nicht, wie der Eindruck entstehen konnte, dass die Europäische Union nicht kompromissbereit ist, denn das ist das Wesen von Verhandlungen.“ Roth beendet das Gespräch mit einer betont positiven Note: „Als überzeugter Europäer, da wirft man die Flinte nicht gleich ins Korn. [...] wir versuchen, auch die letzten, zugegebenermaßen sehr schwierigen Punkte aus dem Weg zu räumen. Wir sind dazu bereit und ich hoffe, dass Boris Johnson und sein Team dazu auch bereit sind.“

Aktuell hat sich Großbritannien tatsächlich dazu bereit erklärt, die am vergangenen Freitag gestoppten Gespräche nun doch fortsetzen, informiert die FAZ⁷. EU-Unterhändler Michel Barnier zeigte sich in einer Rede im Europaparlament optimistisch: „Ich denke, ein Abkommen ist in Reichweite, wenn wir von beiden Seiten bereit sind, konstruktiv und im Geist des Kompromisses zu arbeiten.“ Barnier und David Frost telefonieren nun täglich, berichtet **Emilio Casalicchio** von Politico⁸.

EU-Parlament ist kein „Abnickverein“

Seit nunmehr drei Monaten wird über den „Next Generation EU“-Wiederaufbauplan und den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 verhandelt. Als eine der größten Hürden gilt die Verknüpfung der Auszahlung von EU-Geldern an rechtsstaatliche Prinzipien, welche vor allem das europäische Parlament zur Bedingung erklärt. Außerdem fordert das Parlament eine Aufstockung des Budgets für Bereiche wie Forschung und Bildung. Näheres zu den Hintergründen finden Sie im Themenservice [Deutsche EU-Ratspräsidentschaft der KW 41](#).



Michael Clauß
© European Union

Der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß verhandelt als Vertreter der Ratspräsidentschaft mit dem EU-Parlament. Eine Verhandlungsrunde am 9. Oktober hatten die Parlamentsvertreter bereits nach einer Stunde abgebrochen, berichtet **Hans-Peter Siebenhaar** im [Handelsblatt](#)⁹. „Botschafter Clauß hat klargemacht, dass er sich nicht weiter bewegen kann oder will. Auf dieser Grundlage war es klar, dass es keinen Sinn macht, weiter zu reden“, hatte der Europaabgeordnete Rasmus Andresen die Entscheidung begründet. Das Parlament sein kein „Abnickverein“.

Ursprünglich sollten die trilateralen Gespräche zwischen dem EU-Parlament, Haushaltskommissar Johannes Hahn und der EU-Ratspräsidentschaft bereits Ende September erfolgreich beendet werden, um den EU-Haushalt rechtzeitig für 2021 verschieden zu können. „Doch die Fronten sind verhärtet“, schreiben **Markus Becker** und **Peter Müller** auf [Spiegel Online](#)¹⁰. Am Mittwoch, den 14. Oktober, trafen sich die Verhandlungspartner erneut zu Gesprächen. Eine dieser Fronten ist die Obergrenze des Budgets: „Clauß und die deut-

sche Ratspräsidentschaft bemühen sich, den Vorstellungen der Parlamentarier nachzukommen. Eines aber wollen sie keinesfalls: Die Obergrenze des Kompromisses vom Juli nochmal aufschnüren.“ Der Spielraum läge bestenfalls bei neun Milliarden Euro. Die Forderungen des Parlaments dagegen würden sich auf 40 bis 90 Milliarden Euro summieren. „Es würde schon mal helfen, wenn das Parlament wenigstens transparent sagen würde, wie viel Geld es nun wirklich will“, zitiert Spiegel Online einen ungenannten EU-Diplomaten.

Die zweite Front, den deutschen Vorschlag für einen [Rechtsstaatsmechanismus](#)¹¹, bezeichnet der EU-Abgeordnete Daniel Freund als „rote Linie“. Notfalls wollen die Parlamentarier auf höherer Ebene verhandeln. „In Brüssel werden bereits Rufe laut, notfalls müsse aufseiten der Ratspräsidentschaft eben Kanzlerin Angela Merkel persönlich in die Verhandlungen einsteigen.“ Fortschritte auf dem EU-Gipfel gab es jedenfalls keine. Genau wie bei anderen wichtigen Themen wird die zweite Corona-Welle auch die Budgetverhandlungen erschweren, schreibt **Jorge Valero** auf [EURACTIV](#)¹².

Zum Thema Rechtsstaatlichkeit suchte die europapolitische Sprecherin der Grünen, Franziska Brantner, zuletzt das Gespräch mit Merksels Europa-Berater Uwe Corsepius. Brantner kritisierte gegenüber Corsepius den Entwurf für einen Rechtsstaatsmechanismus, den die deutsche Ratspräsidentschaft am 28. September vorgelegt hatte. Der Entwurf konzentrierte sich zu sehr auf die Korruptionsbekämpfung. Laut Corsepius sei wegen den Europäischen Verträgen nicht mehr drin. „Es folgt ein Gespräch, das viel aussagt darüber, wie [...] die deutsche Ratspräsidentschaft zum Parlament steht“, berichtet **Peter Müller** für [Spiegel Online](#)¹³. Der laute und gestenreiche Disput gebe „einen lebhaften Einblick, welcher geringen Stellenwert Merksels wichtigster EU-Berater europäischen Parlamentariern und auch dem Europaparlament als solchem beimisst“. Vor allem von Verhandlungen mit der Grünen-Fraktion halte er nichts, soll Corsepius gesagt haben, denn „[...] sie stimmen am Ende ja eh nicht zu.“ Brantner entgegnete, dass auch andere Fraktionen den deutschen Entwurf kritisieren. Müller geht dennoch davon aus, dass das EU-Parlament den Finanzplänen wegen der zweiten Corona-Welle am Ende zustimmen werde. „Corsepius' Einlassungen“ seien dennoch heikel, „denn die deutsche Ratspräsidentschaft wird sich am Ende

daran messen lassen müssen, ob ihr der Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen gelingt. Nun nahezulegen, die Europaparlamentarier würden sich nur aufplustern, und am Ende, wie immer, eh brav abnicken, hilft da sicher nicht.“ Ein Sprecher der Kanzlerin bestritt, dass die Zitate des Gesprächs so gefallen wären. Corsepius habe lediglich erläutert, „dass ein weitgehendes Eingehen auf die Forderung der Fraktion der Grünen im Europaparlament voraussichtlich dazu führen würde, dass einige Mitgliedstaaten, darunter Ungarn, den Eigenmittelbeschluss nicht ratifizieren würden“. Bereits gegen den deutschen Vorschlag drohen Polen und Ungarn mit einem Veto.

In einem Gastbeitrag in der Welt¹⁴ fordern **Franziska Brantner** und **Daniel Freund** von dem deutschen Vorsitz und den EU-Ländern, „sich für eine rechtsstaatliche Konditionalität der EU einzusetzen, die diesen Namen verdient“. Sie wiederholen dabei die Forderungen, die die EU-Fraktionsvorsitzenden vor zwei Wochen auf Politico¹⁵ veröffentlicht hatten.

Am Mittwoch, den 21. Oktober, fanden die letzten Gespräche statt. Rasmus Andresen aus dem Verhandlungsteam des Parlaments spricht auf Twitter von kleinen Fortschritten: „The #EUBudget negotiations had been intense & small steps has been done. The Parliament is fighting for each billion for health, digital & research. We want to see biodiversity action with a 10% spending target & we are pushing for the financial transaction tax. Still a long way.“ Michael Clauß geht nicht davon, dass der Finanzplan wie geplant im Januar in Kraft treten kann. „Es ist schon jetzt nicht mehr möglich, dass der Wiederaufbaufonds im Januar pünktlich startet, weil die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente mindestens zweieinhalb Monate dauern wird“, zitieren **Björn Finke** und **Cerstin Gammel** den Botschafter in der Süddeutschen Zeitung¹⁶.

Maïa de La Baume und **Lili Bayer** weisen auf Politico¹⁷ jedoch auf erste Risse in der Front der EU-Abgeordneten hin. „As the economic crisis worsens, the European Parliament’s unity in EU budget negotiations is cracking. With Europe facing a second coronavirus wave and the prospect of fresh lockdowns, a growing number of MEPs – especially socialists from Southern EU countries – have quietly abandoned their threat to withhold approval for the next seven-year budget unless there’s significantly more cash for certain programs.“ So verbreite sich

nun die Ansicht, dass die Forderung nach einer Erhöhung des Budgets nicht realistisch sei. Auch beim Rechtsstaatsprinzip sei ein Kompromiss in Sicht. „We are trying to bring the issue of the rule of law on a parallel path that does not force us to veto the whole recovery“, sagte ein ungenannter Parlamentarier den Autorinnen.

Weitere wichtige Themen

EU-Agrarpolitik: Die Landwirtschaftsminister der EU verhandelten unter der Leitung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner am 19. und 20. Oktober über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und über die Ostsee-Fangquote für 2021. Der „Rat für Landwirtschaft und Fischerei“ übernahm schlussendlich einen Vorschlag der deutschen Ratspräsidentschaft, wonach 20 Prozent der Direktzahlungen aus dem „EU-Agrartopf“ zukünftig an Umweltauflagen gekoppelt werden sollen, berichtet **Eva Fischer** im Handelsblatt¹⁸. Das EU-Parlament einigte sich am darauf folgenden Freitag dagegen auf 30 Prozent der Direktzahlungen, wie das Handelsblatt¹⁹ später mitteilt. Umweltschützer halten beiden Zahlen für zu niedrig oder kritisieren den gesamten Mechanismus. „Kritiker halten diese Koppelung der Gelder an sogenannte Eco-Schemes oder Ökoleistungen [...] für wenig mehr als ein Feigenblatt. [...] Umweltschützer reagierten enttäuscht auf die nächtliche Einigung, genauso wie die Grünen und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD),“ schreibt **Tobias Kaiser** von der Welt²⁰. Länder wie Ungarn oder Polen lehnen die Einführung von verpflichtenden Öko-Regelungen dagegen ab, schreibt die Frankfurter Rundschau²¹.



© BMEL/photothek.net

Europäischer Forschungsraum (EFR): Am 20. Oktober trafen sich die EU-Forschungsminister zu einer hybriden [Konferenz](#) über den europäischen Forschungsraum und zur aktuellen Lage der Forschungsfreiheit. Die Ministerinnen und Minister beschlossen die „[Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit](#)“. Bundesforschungsministerin **Anja Karliczek** erklärte hierzu: „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich einem widerstandsfähigen, souveränen und nachhaltigen Europa verschrieben. Dazu brauchen wir einen dynamischen Europäischen Forschungsraum. Mit der Unterzeichnung der Bonner Erklärung [...] haben wir heute ein bedeutendes Signal gesetzt, mit dem das Wertefundament dieses Europäischen Forschungsraums betont wird.“

Digitalisierung: „Die Coronavirus-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie viel wir im Digitalbereich noch tun müssen – in Deutschland und Europa. Für uns ist es besonders wichtig, im Zuge unserer Ratspräsidentschaft digitale Souveränität als Leitbild in Europa zu etablieren“, sagt Staatsministerin **Dorothee Bär** im Interview mit [eu2020.de](#). Hierfür solle die Europäische Kommission als nächsten Schritt einen Digitalkompass 2030 für ein „klares und langfristiges Monitoring für strategische digitale Kapazitäten und Fähigkeiten Europas“ erstellen. Die Ratspräsidentschaft stehe in engem Austausch mit der Kommission, um solche Grundsteine zu legen.

Weitere Informationen

- [Wichtigste Ergebnisse](#) des EU-Gipfels am 15. und 16. Oktober 2020.
- [Pressekonferenz](#) von Bundeskanzlerin Merkel am 16. Oktober 2020.
- [Länderbericht](#) des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Europäischen Rat am 15. und 16. Oktober 2020.
- [Rede](#) von Kanzlerin Merkel zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor dem Europäischen Ausschuss der Regionen am 13. Oktober 2020.
- [eu2020.de](#): Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.
- Auf der offiziellen [Themenseite](#) der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

¹ Tobias Kaiser/ Christoph B. Schiltz, Um 14.25 Uhr bricht die Wut aus Merkel heraus, Welt Online, 16.10.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article218028954/EU-Gipfel-Um-14-25-Uhr-bricht-die-Wut-aus-Angela-Merkel-heraus.html>

² Bernd Riegert, EU-Gipfel vertagt Entscheidungen, Deutsche Welle, 16.10.2020, <https://www.dw.com/de/eu-gipfel-vertagt-entscheidungen/a-55298179>

³ o.A., EU-Gipfel in Berlin wegen Corona abgesagt, Zeit Online/dpa, 16.10.2020, <https://www.zeit.de/news/2020-10/16/eu-gipfel-in-berlin-wegen-corona-abgesagt>

⁴ Theo Sommer, Europa-Optimismus fällt gerade schwer, Zeit Online, 20.10.2020, <https://www.zeit.de/politik/2020-10/europaeische-union-ratspraesidentschaft-angela-merkel-coronavirus>

⁵ Peter Müller, Die One-Man-Show des Michael Roth, Spiegel Online, 20.10.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-die-one-man-show-des-michael-roth-a-00000000-0002-0001-0000-000173548925>

⁶ Christiane Kaess, „Wir haben kein Interesse daran, zu eskalieren“. Interview mit Michael Roth, Deutschlandfunk, 16.10.2020, https://www.deutschlandfunk.de/eu-und-der-brexist-streit-wir-haben-kein-interesse-daran-zu.694.de.html?dram:article_id=485872

⁷ o.A., Großbritannien will gestoppte Brexit-Gespräche doch fortsetzen, faz.net/dpa, 21.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/grossbritannien-will-gestoppte-brexist-gespraechе-doch-fortsetzen-17013735.html>

⁸ Emilio Casalicchio, UK, EU hint at Brexit talks breakthrough, Politico, 21.10.2020, <https://www.politico.eu/article/uk-eu-hint-at-brexist-talks-breakthrough/>

⁹ Hans-Peter Siebenhaar, Streit über EU-Haushalt eskaliert, Handelsblatt online, 09.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/mehrja-ehriger-finanzrahmen-streit-ueber-eu-haushalt-eskaliert/26260572.html?ticket=ST-4080185-Wdm3FOzmoaoFOVqZl9cD-ap2>

¹⁰ Markus Becker/ Peter Müller, Verhärtete Fronten, Spiegel Online, 14.10.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-um-eu-corona-hilfen-verhaertete-fronten-a-5d0b356b-2b57-4d7b-b345-a2269009119a>

¹¹ Peter Müller, Im Weichspülgang gegen Orbán, Spiegel Online, 28.09.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-so-soll-der-rechtsstaatsmechanismus-funktionieren-a-88e78714-02e8-462b-a19a-b5d74051931d>

¹² Jorge Valero, Budget battle heats up as negotiators hit stalemate, EURACTIV, 15.10.2020, <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/budget-battle-heats-up-as-negotiators-hit-stalemate/>

¹³ Peter Müller, Europa-Zoff im Bundestag, Spiegel Online, 16.10.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkels-europabeauftragter-corsepius-sorgt-fuer-europa-zoff-im-bundestag-a-c1103ddc-1911-422c-92e3-fe5d37f06faf>

¹⁴ Franziska Brantner/ Daniel Freund, Die europäische Demokratie steht nicht zum Verkauf, Welt Online, 20.10.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article21814609/0/Rechtsstaatlichkeit-Die-europaeische-Demokratie-steht-nicht-zum-Verkauf.html>

¹⁵ Manfred Weber/ Iratxe García Pérez/ Dacian Cioloș/ Ska Keller/ Philippe Lamberts, European values are not for sale, Politico.eu, 06.10.2020, <https://www.politico.eu/article/european-values-not-for-sale-rule-of-law-eu-budget-and-recovery-plan/>

¹⁶ Björn Finke/ Cerstin Gammelín, Geldsegen aufgeschoben, sueddeutsche.de, 22.10.2020, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europaeische-union-geldsegen-aufgeschoben-1.5090719>

¹⁷ Maïa de La Baume/ Lili Bayer, Parliament set to climb down in EU budget fight, 20.10.2020, <https://www.politico.eu/article/parliament-prepares-to-cave-on-eu-budget-fight/>

¹⁸ Eva Fischer, Nur ein bisschen umweltfreundlicher: EU-Staaten einigen sich auf Agrarreform, 21.10.2020, Handelsblatt online, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/verteilung-von-foerdergeldern-nur-ein-bisschen-umweltfreundlicher-eu-staaten-einigen-sich-auf-agrarreform/26293074.html>

¹⁹ o.A., Auch EU-Parlament einigt sich final auf Agrarreform, Handelsblatt online, 23.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/zukunft-der-landwirtschaft-auch-eu-parlament-einigt-sich-final-auf-agrarreform/26304046.html?ticket=ST-4260535-XGi5WfU70MsRAiBHst42-ap2>

²⁰ Tobias Kaiser, Europa zahlt 387 Milliarden Euro für eine Idee aus dem letzten Jahrtausend, Welt Online, 21.10.2020, <https://www.welt.de/wirtschaft/article218340880/EU-Agrarpolitik-387-Milliarden-fuer-Strategie-aus-dem-vorigen-Jahrtausend.html>

²¹ o.A., Kompromiss in Sicht?, fr.de, 20.10.2020, <https://www.fr.de/wirtschaft/eu-agrarreform-kompromiss-in-sicht-90074962.html>